

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Fraktion SPD
– Drucksache 17/11005 –**

**Gemeinsam die Modernisierung Russlands voranbringen – Rückschläge
überwinden - Neue Impulse für die Partnerschaft setzen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck
(Köln), Agnes Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11002 –**

Keine Modernisierung Russlands ohne Rechtsstaatlichkeit

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass Russland ein mitunter un-
bequemer, aber auch unverzichtbarer Partner bei der Bewältigung globaler Prob-
leme sei. Eine strategische Partnerschaft mit Russland sei von elementarem
Interesse für die EU. Die 2007 ins Leben gerufene Modernisierungspartnerschaft
biete Anknüpfungspunkte, um Russland bei der Bewältigung seiner immensen
Aufgaben wie der Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, dem Aufbau einer
unabhängigen Justiz, der Modernisierung der Wirtschaft, der staatlichen Ver-
waltung und des Bildungssystems, der Einhaltung der Menschenrechte, der
Respektierung bürgerlicher Freiheiten sowie dem Ausbau und der Förderung der
Dialoge zivilgesellschaftlicher Gruppen zu unterstützen. Die Bundesregierung
wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

Zu Buchstabe b

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass ein demokratisches und
rechtsstaatliches Russland die Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft
zwischen Russland und der Europäischen Union eröffnen werde. Die aktive

Unterstützung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung des Landes sei ein Ziel deutscher Politik, insbesondere bei der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und der Förderung der russischen Zivilgesellschaft. Mit dem Beitritt zum Europarat habe sich Russland dem Aufbau eines Rechtsstaates mit einer offenen und pluralistischen Gesellschaft verpflichtet. Insbesondere seit 2011 häuften sich aber Anzeichen dafür, dass die russische Staatsführung das Ziel einer umfassenden Modernisierung zunehmend in Frage stelle. Zu begrüßen sei die neue gesellschaftliche Dynamik in Russland, deren Unterstützung ein Kernanliegen deutscher und europäischer Politik sei. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11005 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11002 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/11005 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/11002 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichtersteller

Franz Thönnies
Berichtersteller

Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Franz Thönnies, Patrick Kurth (Kyffhäuser), Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11005** in seiner 199. Sitzung am 19. Oktober 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11002** in seiner 199. Sitzung am 19. Oktober 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Zu Buchstabe a

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass Russland ein mitunter unbequemer, aber auch unverzichtbarer Partner bei der Bewältigung globaler Probleme sei. Eine strategische Partnerschaft mit Russland sei von elementarem Interesse für die EU. Die 2007 ins Leben gerufene Modernisierungspartnerschaft biete Anknüpfungspunkte, um Russland bei der Bewältigung seiner immensen Aufgaben wie der Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, dem Aufbau einer unabhängigen Justiz, der Modernisierung der Wirtschaft, der staatlichen Verwaltung und des Bildungssystems, der Einhaltung der Menschenrechte, der Respektierung bürgerlicher Freiheiten sowie dem Ausbau und der Förderung der Dialoge zivilgesell-

schaftlicher Gruppen zu unterstützen. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

Zu Buchstabe b

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass ein demokratisches und rechtsstaatliches Russland die Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union eröffnen werde. Die aktive Unterstützung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung des Landes sei ein Ziel deutscher Politik, insbesondere bei der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und der Förderung der russischen Zivilgesellschaft. Mit dem Beitritt zum Europarat habe sich Russland dem Aufbau eines Rechtsstaates mit einer offenen und pluralistischen Gesellschaft verpflichtet. Insbesondere seit 2011 häuften sich aber Anzeichen dafür, dass die russische Staatsführung das Ziel einer umfassenden Modernisierung zunehmend in Frage stelle. Zu begrüßen sei die neue gesellschaftliche Dynamik in Russland, deren Unterstützung ein Kernanliegen deutscher und europäischer Politik sei. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 86. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 84. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltungen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 125. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthal-

tung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 79. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 70. Sitzung am 7. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 87. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 75. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/11002 in seiner 70. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktio-

nen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11002 in seiner 68. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/11002 in seiner 75. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 67. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11002 in seiner 67. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 7. November 2012

Philipp Mißfelder
Berichtersteller

Franz Thönnies
Berichtersteller

Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin

elektronische Vorab-Fassung*

* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.